

Verlässlichen Rahmen für die Weiterentwicklung der Offshore Windenergie schaffen

Der Landesparteitag hat am 21.05.2016 beschlossen:

Die vom SPD-geführten Bundeswirtschaftsministerium vorgelegten Entwürfe für die Novelle des Erneuerbare-Energie-Gesetzes und des Windenergie-auf-See-Gesetzes hat für erhebliche Verunsicherungen in der Offshore Branche gesorgt. Über viele Jahre haben Firmen in Deutschland investiert und wurden so zu Pionieren der Entwicklung. Hierbei hat man sich in Deutschland immer auf einen festen politischen Rahmen verlassen können. Dieser Rahmen hat u.a. dafür gesorgt, dass die Offshore Branche zu einem festen Bestandteil der Deutschen Industrie geworden ist. Mittlerweile sind mehr als 3 Gigawatt (GW) in Deutschland installiert worden. In den nächsten Jahren bis 2030 werden in Deutschland mindestens weitere 12 GW installiert werden, dieses sind Investitionen von ca. 45 Mrd. €. Durch die Umstellung von der festen Einspeisevergütung auf das Ausschreibungsmodell werden sich die Preise deutlich nach unten entwickeln. Bereits heute werden in Dänemark Preise von 10 Cent pro Kilowattstunde erreicht. Um diese Ziele auch in Deutschland zu erreichen, bedarf es neben der Umstellung aber auch einer Vielzahl von Rahmenbedingungen, die einen fairen Wettbewerb mit möglichst vielen Marktteilnehmern gestattet.

Die CDU Bremen fordert daher:

- 1) Einen jährlichen Ausbaukorridor von jeweils 900 MW. Dieses entspricht auch der Leistungsfähigkeit der Umspannwerke und es macht daher Sinn, diese Größe zur Ausschreibung zu bringen.
- 2) Eine Ausschreibung der Projekte von 2021 bis 2024 in 2 Stufen in den Jahren 2017 und 2019, um die technologische Entwicklung zu berücksichtigen und damit Kostensenkungen zu ermöglichen.
- 3) Die Bietungsbürgschaften auf 30 Millionen je Windpark zu begrenzen, damit es eine Vielzahl von Bewerbern und sich insbesondere Mittelständler an diesem Wettbewerb beteiligen können.
- 4) Verzicht auf das zentrale Modell ab 2025, damit weiter Wettbewerb zwischen den Projekten möglich ist.
- 5) Einen schnelleren Ausbau des Netzes in Deutschland durch Bündelung der Kompetenzen und Beteiligung von weiteren privaten Partnern.
- 6) Unterstützung einer EU-Initiative zum Aufbau eines Nordseenetzes zur Verbindung der Offshore Netze zwischen Deutschland, den Niederlanden, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Dänemarks aus Mitteln des Juncker Investition Planes.